

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonntage und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2.50 M. im voraus zahlbar, bei Postbestellung monatlich 2.50 M. inkl. Postgebühren, im Auslande 3.75 M. (Deutschland und Oesterreich), für das übrige Ausland 12.— M. einschließlich Postzuschlag.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 833-34, 2895 und 2896.

Die abgesetzten Exemplare über dem Raum, sowie jede Werberzettel, als auch die Familien- und Organisationsanzeigen werden laut anstehendem Anzeigen-Tarif berechnet. Insette für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895-96, 9765

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Friedensschluß im Ruhrgebiet.

Erklärung des Aktionsausschusses.

Münster, 26. März.

Dem Reichskommissar ist folgende Erklärung des Aktionsausschusses in Hagen zugegangen:

Der Aktionsausschuß in Hagen erkennt die von der Waffenstillstandskommission in Dörfeld aufgestellten Richtlinien an. Sämtliche Aktionsausschüsse werden aufgefordert: 1. eine gleiche Erklärung abzugeben, 2. für die Durchführung dieser Bedingungen Sorge zu tragen, 3. die wilden ungesetzlichen Beschlagnahmungen, insbesondere von Lebensmitteln, im Interesse der Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung unbedingt zu unterlassen.

Nur so wird es möglich sein, weiteres Blutvergießen zu verhindern und unendliches Unheil von dem Industriegebiet und dem ganzen Reiche abzuwenden.

gez.: Ludwig. Girbes. Sigowski.

Es wird nun Aufgabe der Regierung sein, dafür zu sorgen, daß sich ihre Vertreter im Ruhrgebiet streng an die Friedensbedingungen halten und über ihre Durchführung wachen. Uebergriffe anmahnender Truppenführer, wie sie in Berlin in erschreckend großer Zahl vorgekommen sind und täglich vorkommen, müßten im Ruhrgebiet die entsetzlichsten Folgen haben.

Keine Intervention der Alliierten.

Paris, 26. März. (Reuter.)

Wie verlautet, haben die Vereinigten Staaten beschlossen, sich gemeinsam mit Großbritannien und Italien einer militärischen Aktion der Alliierten zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Ruhrgebiet zu widersetzen.

Konferenz zur Klärung der Lage in Halle.

Am Freitag tagte im Rathaus zu Halle eine Konferenz, an der die Vertreter der mitteldeutschen Städte und ferner die Vertreter der Partei und der Gewerkschaften teilnahmen. Als Vertreter des Reichswehrministeriums nahm Generalmajor Kottjhar an der Sitzung teil. An dieser Sitzung wurde von den Vertretern der Arbeiterchaft dem Abgeordneten Knoenen ein furchtbares Anklagematerial gegen die Soldateska im mitteldeutschen Gebiet überreicht. Es wurde einwandfrei nachgewiesen, daß das Halle'sche Garnisonkommando sich hinter die Kapp-Lüttich-Regierung gestellt hatte. Der Vertreter dieses Garnisonkommandos führte zu seiner Entschuldigung an, daß General Maerker sich am zweiten Tage des Putsch hinter die Kapp-Lüttich-Regierung gestellt hatte. Der Vertreter des Garnisonkommandos behauptete, schriftliche Beweise dafür zu haben.

Als Ergebnis der Konferenz wurden folgende Forderungen aufgestellt, die als Forderungen der mitteldeutschen Bevölkerung der Reichsregierung übergeben werden. Sämtliche Parteien, von den Kommunisten bis zum Zentrum, stehen auf dem Boden dieser Forderungen.

1. Sofortiges Einstellen der Verhaftungen und Freilassung aller anlässlich der Unruhen in Haft genommenen, soweit es sich nicht um gemeine Verbrechen handelt.
2. Zurückziehung der Reichswehr in die Kasernen. Alle der Verfassung nicht treu gebliebenen Vorgesetzten sind unter Strafverfolgung zu stellen. Die von auswärts herangezogenen Truppenteile sind abzutransportieren. Auflösung der konterrevolutionären Truppenteile im Bezirk Halle.
3. Sofortige Auflösung der Zeitfreiwilligen-Verbände. Schnellste Ablieferung der noch in Händen der Zeitfreiwilligen befindlichen Waffen an die Zivilbehörde.
4. Auflösung der Einwohnerwehr.
5. Befreiung der Schuldigen an den Exzessen im Bezirk Halle.
6. Vollständige Amnestie für alle diejenigen, die sich an dem Kampfe gegen konterrevolutionäre Truppen beteiligt haben, sowie auch für politische Verbrechen und

Verbrechen aus der Zeit von vor dem 12. März 1920. Oberpräsident Köpcke erklärt voll und ganz auf dem Boden dieser Forderungen zu stehen.

Dunkle Machenschaften.

Die militärische Nebenregierung.

Bei dem Mitgliede unserer Redaktion A. Stein erschienen heute früh 6 Uhr drei Kriminalbeamte ohne schriftlichen Haftbefehl mit dem Auftrage ihn zu verhaften. Da unser Kollege schwerkrank zu Bett lag, konnte der Haftbefehl nicht ausgeführt werden. Inzwischen wurde zum Polizeipräsidenten Richter telefoniert; dieser veranlaßte sofort, daß ein etwaiger Haftbefehl nicht ausgeführt werden sollte. Er teilte dies dem zuständigen Polizeirevier auch mit, von wo aus ein Beamter mit diesem Auftrage in der Wohnung erschien. Gegen 8 Uhr erschienen die Kriminalbeamten wiederum und wollten trotz dem die Verhaftung vornehmen, und zwar unter Hinweis darauf, daß sie den Befehl zur Verhaftung vom Kommando der grünen Sicherheitspolizei, Exekutiv-Abteilung erhalten hätten. Auf den Hinweis, daß der Polizeipräsident Richter jede Verhaftung untersagt hatte, wurde trotzdem vom Stabe der Sicherheitspolizei, mit dem die Beamten sich telefonisch in Verbindung setzten, erklärt, daß die Verhaftung ausgeführt werden sollte. Die Verhaftung unterließ schließlich auf energischem Einspruch des Rechtsanwalts Genossen Boehlein. Inzwischen hat unser Kollege es vorgezogen, da unter diesen Umständen auch ein Kranksein unmöglich ist, sich in ein Sanatorium zu begeben.

Zu gleicher Zeit wurde auch bei dem Bruder des Genossen Stein, einem hiesigen Verlagsbuchhändler, Hausdurchsuchung vorgenommen; der Haftbefehl konnte aber infolge der Abwesenheit des Betreffenden von Berlin nicht ausgeführt werden.

Diese beiden Fälle sind natürlich nur ein Symptom der herrschenden Rechtsunsicherheit. Es gibt zweifellos zahlreiche Fälle, in denen die Betroffenen nicht in der Lage sind, sofort die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Es kann den in Frage kommenden Personen nur dringend angeraten werden, sich derartigen willkürlichen Maßnahmen der Soldateska nicht zu fügen, wenn kein schriftlicher Haftbefehl einer Behörde vorliegt.

Dieser Fall zeigt erneut, daß es immer noch militärische Stellen gibt, die auf eigene Faust mit Hilfe von Spitzeln und Organen der Polizei die ihnen aus irgendwelchem Grunde unangenehme Personen unschädlich zu machen sucht. Daß der Kommandostab der Sicherheitspolizei, trotzdem der Polizeipräsident Richter die Ausführung der Inhaftnahme untersagt hat, entgegen diesem Befehl zu handeln gebot, muß die sofortige Entfernung dieser widerrechtlichen Beamten zur Folge haben. Es darf unter keinen Umständen geduldet werden, daß ein solches Willkürregiment und Zuweilenhandeln gegen die Anordnungen der vorgesetzten Behörde auch nur einen Augenblick duldbend hingenommen wird.

Wir erwarten aber auch ferner strenge Untersuchung, auf welche dunklen Machenschaften hin die Verhaftung zurückzuführen ist. Es ist dies bereits das zweite Mal, daß ein solcher Versuch unternommen wird, was wohl deutlich beweist, daß Absicht und nicht Irrtum vorliegt.

Wie wir hören, wurde heute früh eine ganze Anzahl russischer Genossen verhaftet, nach dem Polizeipräsidium geschafft und von dort wegen angeblicher „Ueberfüllung“ nach der Alexanderkaserne gebracht. Es soll ein Befehl herausgegeben worden sein, wonach sämtliche Russen in Berlin zu verhaften sind. Wir erheben härtesten Protest gegen diesen neuen Willkürakt, der das wahre Gesicht des „neuen Kurjes“ auf das grellste hervortreten läßt.

Wie uns mitgeteilt wird, hat man auch versucht, am heutigen Morgen die Zentrale der Betriebsräte in der Münzstraße anzuhaken. Man wollte die Genossen Wegemann und Schmidt verhaften. Da aber um 7 Uhr vorher der Reinemachefrauen niemand da war, so man unverrichteter Sache wieder ab.

Nicht die Spuren verwischen!

Das nationalistiche Geschlecht gibt sich jetzt den Anschein, als ob es mit dem Putsch der Kapp-Lüttich nichts zu tun gehabt und daß es sich dabei lediglich um ein Privatvergnügen einiger weniger aufstrebender Herren gehandelt hat. Die am meisten kompromittierten Personen werden, um das Gesicht zu wahren, aus der Partei verwiesen; so sollen die Herren Traub, Kapp und Schiele bereits ihren Austritt erklärt haben.

Es ist begreiflich, daß die Nationalisten, nachdem der ungeheuren Mehrheit des Volkes die Augen über ihr verbrecherisches Treiben aufgegangen sind, die Spuren ihrer Handlungen verwischen möchten. Aber wenn sie heute den kindlichen Versuch unternehmen, das Bürgertum zum neuen Kampf „gegen den Bolschewismus“ aufzurufen, der Deutschland der Zerstörung entgegenführen wolle, so wird man immer wieder darauf hinweisen müssen, daß die Schuld an der Katastrophe, in die das deutsche Volk gestürzt worden ist, nicht allein einigen wenigen Personen, die an der Spitze des Putsch gestanden haben, beigemessen werden darf, sondern daß die Hauptschuld daran die verwüstende Tätigkeit der Nationalisten der verschiedenen Parteienrichtungen tragen.

Diese Nationalisten hätten begeistert dem Kapp'schen Unternehmen zugejubelt, wenn es nur Erfolg gehabt hätte. Ein bezeichnender Vorgang, der sich am Montag, den 15. März, im Preussischen Abgeordnetenhaus zgetragen hat, mag hier erwähnt werden. In diesem Zuge war eine kombinierte Sitzung des Ältestenrates der Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung einberufen worden. Als zwei Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten dazu erschienen, wurde ihnen mitgeteilt, daß die Sitzung noch nicht beginnen könne, weil die Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei noch berieten, ob sie an der Sitzung des Ältestenrates teilnehmen sollten; sie fürchteten, sich durch ihr Erscheinen in einer Sitzung des Ältestenrates beider Parlamente mit der durch Kapp ausgesprochenen Auflösung der Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung in Widerspruch zu setzen. Man wartete und wartete, kein Vertreter der Rechtsparteien ließ sich blicken. Schließlich traf die telefonische Mitteilung ein: die Vertreter der Deutschnationalen und auch die der Deutschen Volksparteien lehnen das Erscheinen ab, da die Auflösung der beiden Parlamente durch Kapp zu Recht bestehe, und Kapp auf telefonische Anfrage sich entschieden dagegen erklärt habe, daß noch Sitzungen von Ausschüssen dieser Parlamente stattfinden.

Es gibt aber noch genug andere Beweise für die innige Seelenverwandtschaft der Nationalisten aller Grade mit den Kappknechten. In der Beilage der „Deutschen Zeitung“ veröffentlicht der alldoische Schriftsteller Zimmermann Schilderungen über den „deutschen Vorfrühling 1920“. In der heutigen Morgenausgabe lesen wir von den Ereignissen am 18. März folgendes:

Sonnabend morgen. Der Fernsprecher holt mich, kaum, daß sie drin in der Stadt zu arbeiten angefangen haben, aus dem Bett.

„Gural! Evert und Bauer sind gefügt! Reichstag und Landtag sind aufgelöst! Kapp ist Reichspräsident und Ministerpräsident! Lüttich Reichswehrminister! Die Marine Division ist eingezogen. Reichswehr und Sicherheitswehr sind sofort übergegangen. Kommen Sie schnell nach der Stadt!“

„Und die alte Regierung?“

„Früh! morgens im Auto ausgerissen. Wohin weiß man nicht. Auch Evert ist weg.“

„Ausgerissen? Aber wie war das möglich? Run fangen sie einfach anderswo zu registern an! Und die Nationalversammlung geht wieder nach Weimar! Dort ist's ja im Frühjahr ganz hübsch, und das Vertreten im Hirschenfelder wird schon dafür gesorgt haben, daß wieder was am Lager ist. Aber ein gutes Omen ist das alles nicht...“

„Ja, sehr unangenehm! Aber nicht zu ändern!“

„Unangenehm? Es ist ein entscheidender Fehler, der sich an Kapp schmecken rächen wird. Wie ist die Stimmung in der Stadt?“

„Günstig! Alles gimet auf. Man hat nur frische Gesicht! Hebbigens hat die alte Regierung vor ihrem Abgang noch zum Generalstreik aufgerufen.“

„Sollen Sie wohl Maerker hat man ihr die Rei“

... zu gefallenen? Neugierig lassen die Leute auch ihrerseits, wie es scheint, nach wie vor seine Dummheit aus! Denn es ist eine Dummheit, auch von ihnen auszugehen!
... Sie scheint sich niemand um die Aufforderung zu kümmern!
... Alles zu die Kasse! Die Kasse! Die Kasse!
... Warten wir's ab! Sind Verfügungen heraus?
... Eine Proklamierung ist erschienen!
... Na ja! Aber Verfügungen!
... Nein! Es können übrigens keine gedruckt werden. Gefahr!
... Da haben wir's!
... Die Streifgeschäden sollen sehr schnell unterdrückt werden. Die arme Regierung will rücksichtslos durchdringen. Für Gas, Wasser und Strom sorgt die Röhrliste, wenn es der Generalkreis wegen nötig wird.
... Die Röhrliste für ganz Berlin?
... Alles vorzulegen!

Aus dieser Schilderung liest man die Begeisterung heraus, mit der die Alldeutschen das Auftreten der Kapitulanten empfangen haben. Mit Hurra wird die neue Regierung begrüßt und es wird bedauert, daß man sie hat austragen lassen. Ein wenig später wird allerdings festgestellt, daß infolge der Verhaftungsbefehle „die Walze in Gang gesetzt“ worden sei, „noch ehe das richtige Stück auflag“.

Im Hauptblatt derselben Ausgabe legt der Verlagsdirektor der „Deutschen Zeitung“, Herr Reinhard Wulle, die Ziele der Alldeutschen ganz offen da. Er sagt, daß er und sein Blatt die Wiedereerrichtung eines schwarzweiß-roten Deutschlands fordern. In hundert Jahren von Verfassungen habe er diesen Gedanken gebreitet, und er wisse, daß die Massen, die ihm zuzuhören, sich mit ihm eins fühlen in der heißen Sehnsucht nach Kaiser und Reich. Eine der ersten Taten der Herrn Wulle so nachstehenden Kapitulanten war nun allerdings, daß sie beteuerten, sie dächten nicht daran, die Monarchie wieder aufzurichten und den kaiserlichen Delegierten aus Amerongen nach Deutschland zurückzuführen. Zur Politik gehört, so sagt Herr Wulle jetzt, Wahrschäftigkeit; seine Freunde von der Kapitulantenregierung haben ihre Tätigkeit damit begonnen, daß sie das Volk über ihre wahren Absichten belügen wollten.

Wie eng die beiden Rechtsparteien, die Deutschen Nationalen und die Deutsche Volkspartei mit den militärischen Plänen der Umstürzler verbunden waren, ergibt sich aus folgender Darstellung der „Frankfurter Zeitung“:

„Seit dem 2. März war General Sittow entschlossen, die Revolution gewaltsam zu führen. Seine Umgebung hatte ihn zur Schau, aber begehrt. Sittow beharrte auf seinem Vorhaben, in das zahlreiche hohe Offiziere der Reichswehr und auch der Berliner Sicherheitswehr eingeweiht worden waren. Keiner von diesen auf die Verfassung gerichteten Verschwörungen, keiner von diesen Generälen und Obersten hat den Weg zu seiner vorgesetzten Stelle gefunden, um rechtzeitig das Verbrechen am ganzen Volke abzuweisen. Am 3. März wurden die beiden Rechtsparteien davon unterrichtet. Sittow erklärte sich zu einer Unterredung mit diesen bereit. Der deutschnationale Führer Herat und der Abgeordnete Dr. Heintze, der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei, werden darüber manchen erzählen können. Am 4. März hat ihre Unterredung mit Sittow stattgefunden. Sie haben gewarnt; aber auch sie haben nichts getan, was wertvolle Hilfe eines jeden Patrioten war. Auch sie haben keine Schritte getan, um den Verdächtigen mit allen Mitteln ein für allemal das Werk zu legen. Obwohl die beiden Rechtsparteien genau unterrichtet sein mußten, wie die Seelenverfassung des Generals Sittow war, stellten sie ihren von vornherein zur Ablehnung beurteilten Antrag, die Nationalversammlung am 1. Mai für auf sich zu erklären. General Sittow war fest entschlossen, loszuschlagen, wenn auch diese parlamentarische Aktion nicht zum Ziele führte.“

Die „Tägliche Rundschau“ behauptet jetzt zwar, daß namentlich die Vertreter der Deutschen Volkspartei Herr von Sittow gegenüber betont hätten, ein nicht gefeiertes Verbrechen und Wahnsinn anzusehen; demgegenüber ist als

geschichtliche Tatsache festzustellen, daß die Deutsche Volkspartei am 14. März einen von Herrn Dr. Stresemann verfaßten Aufruf veröffentlichte, in dem die Kapitulanten als „neue Regierung“ anerkannt wurden. Und was die Deutschnationalen anbelangt, so bemängeln sie an dem Aufruf höchstens das eine, daß am 13. März noch nicht „das richtige Stück“ auf der Walze lag, oder, wie nach einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ der Berliner deutschen nationale Abgeordnete Voberger in den Tagen der Militärdiktatur vor Zeugen ausgerufen hat: „Schade, 6 Wochen zu früh!“
Die Arbeiterkassen sind durch die nachträglichen Bemerkungen der nationalistischen Umstürzler, sich von jeder Schuld an dem militärisch-monarchistischen Aufruf frei zu lägen, nicht beirren lassen. Sie wissen, wo die Schuldigen zu suchen sind. Und sie werden nicht eher ruhen, als bis ihnen gründlich und für immer das Handwerk gelegt ist.

Die Regierungsbildung.

Die Situation hat sich seit gestern Abend nicht verändert. Hermann Müller legte heute vormittag seine Bemühungen fort, um das Kabinett zu vervollständigen. Vorläufig sind noch einige Personal Schwierigkeiten nicht überwunden. Die Gewerkschaften haben zu der Bildung dieser Regierung noch keine Stellung genommen.

Demokraten als Förderer der antisozialistischen Hege.

Die infame Stimmungsmache, die jetzt von den bankrott gewordenen deutschnationalen Politikern getrieben wird, wird mit größtem Eifer von dem angeblich demokratischen „Berliner Tageblatt“ unterstützt. In seiner heutigen Vorgabe bringt das Blatt die Meldung aus Münster, daß der Kern der „Roten Armee“ aus Ausländern bestehe, die von russischen Offizieren befehligt werden, daß mit ihrem Vormarsch zugleich der Angriff der russischen Armee gegen Polen beginnen solle und daß Trotzki im Juli vor den Toren Berlins zu sein gedachte. Das Blatt sagt ferner hinzu: „Der Kampf soll nach bolschewistischer Taktik geführt werden. Die bisherigen Ereignisse scheinen die Wichtigkeit der Meldung zu bestätigen.“

Diese lausidigen Lügen werden noch ergänzt durch die weiteren, daß auch deutsche Offiziere, Hauptmann Voelke und Hauptmann Veerfelde an der Spitze der Truppen ständen. Auch dem „B.L.“ muß bekannt sein, daß daran nicht ein wahres Wort ist, daß Hauptmann Voelke Berlin während der letzten Wochen nicht verlassen hat und daß Veerfelde seit Monaten nur in Süddeutschland weil.

Diese perfide Stimmungsmache des „B.L.“, die sich auch sonst in den Spalten dieses Blattes bemerkbar macht, zeigt, daß die Demokraten viel reaktionärer sind, als das Zentrum. Umso bedauerlicher ist es, daß die Rechtssozialisten sich immer noch nicht entschließen können, auf die Koalition mit dieser kapitalistischen Partei zu verzichten, gegen die es nur den härtesten Kampf der gesamten Arbeiterklasse geben kann.

So wagt man die Ruhe nicht!

Unter dieser Überschrift gibt die „Volkszeitung“ einen Schlachbericht des Militärbefehlshabers in Münster wieder und bemerkt dann dazu:

Der Ton dieses offenbar vom Generalkommando ausgehenden „amtlichen“ Berichtes ist nicht geeignet, einer friedlichen Lösung vorzuarbeiten. Dagegen, wie in Wirklichkeit die Dinge im Westen liegen, hat der Leitartikel unserer geistigen Morgenblätter (der von zuverlässiger demokratischer Seite kommt) so viel Material beigesteuert, daß wir es als

Und ich muß nun doch lächeln. Laßt nur, laßt nur — die alte Zeit entläßt mich auch — der Frühling kommt doch — er kommt — er kommt —
Und ich gehe nach Hause.
In einem Orettergarten sehe ich zwei arme Frauen, sie haben keine Kräfte am Arm, führen ein Küchenmesser in der Hand und suchen im Straß.

„Was sucht Ihr denn?“
Eine Frau richtet sich auf, lächelt das volgestrichelte Gesicht vom Kopf zurück — ich sehe Weidenblätter —
„Weiden?“ frage ich ahnungslos.
Sie ist vertieft und lächelt: „Nun ja — Weiden — die sehen wir zu Hause in den Töpfen — wir wollen doch Oetern ein Mädchen haben.“
„Ich so —“
„Danke schön —“ sage ich und gehe weiter.
„Ja — aber warum denn?“ ruft die Frau mir nach.
Ich nicke zurück — „Ich weiß schon.“

Bis Was

Theater und Musik.

In den letzten vierzehn Tagen mußten die Veranstaltungen der Theater, soweit sie überhaupt spielen konnten, infolge des Generalkreises und der anderen unumwundenen Ereignisse naturgemäß ganz zurücktreten. Die wertschätzlichen und künstlerischen Schwierigkeiten der Berliner Bühnen stiegen aber zu erneuter Beachtung. In einigen der letzten abendlichen Vorstellungen wurde die Presse nachmals beladen. Im Staatlichen Schauspielhaus gab es am Abend des revolutionären Kapitulanten ein Gegenwort einiger noch in herlichen Nacht dreihundert preussischen Plinier. Die bedenkliche menschliche Komödie der Bewegung von Philo und Pierdelich, genannt „Karlus von Reith“, in einer neuverarbeiteten färsch mitgeteilten Aufführung Leopold Schwers, der damit eine künstlerische Tat vollbrachte. Er hatte in Fritz Kortner und Lisa Durieux hervorragende, in Herrn Räthel und Fr. Schön gute Helfer gefunden. Die Vorstellung wird nun an dem Spielplan weiten sich bereichern — Im Pessingtheater hat Georg Wänners „Wogzel“ in Bornemanns expressivsten, balladischer und durchweg sehr kunstvoller Inszenierung seine schon früher erprobte dramatische Wirkung auf neue bewiesen. Ein dunkel herrliches Gedichte aller Kreatur und eine revolutionäre Rufen aller Bemächtigung ist dieser fragmentarische Wogzel. Warum hat man aber nicht lieber die neuverarbeitete Fassung — richtiger „Wogzel“ — aus dem Nachlass (im Inselverlag erscheinend) gegeben? Herr S. D. P. hat nicht die unterirdisch grollende Wogzel, die stumpfe Mühlstein des durch alle Gründe und Abstände gebrachten Solbten, aber er spricht doch durch verhaltenen Töne und starke Bemächtigung. Und neben ihm in Pagan Sempes bühnenbildnerischen Teile derselben sollen heraus die selbst unerschütterlich unbedeutliche Szenen, die der „Wogzel“ unter den Tüch-

unverdört bezeichnet haben, von, ohne an die Pitzagon der Kämpfe und die ungeheure Beteiligung der demokratischen Bevölkerung an der Aktion der burdeus geistigen Arbeiterkraft zu denken, von „Münster Truppen“ und „Aufrührern“ geteilt wird. Wir sprechen das in der Hoffnung aus, daß die verantwortlichen Behörden in letzter Minute noch von den Lübenbergschen Parolen abkommen werden. Denn daß die Darstellung aus Münster den Geist der Kriegsberichter almet, muß jeder Mensch gewahrt werden, der sich die Mühe macht, auch die Berichte von der anderen Seite anzuhören. Wir sehen ja schließlich noch ein ganzheitlich intelligentes Bild darin, daß die Regierungen einen neuen Aufruf an die Bevölkerung von Rheinland-Westfalen auch von General Bailler unterzeichnen ließ, dessen Verfassungstreue von den Rassen als Vergangenes (anscheinend mit Recht) anzweifelt wird. Psychologisches Verständnis für die Notwendigkeiten der Stunde scheint heute noch weniger vorhanden zu sein als zu anderen Zeiten!

Es ist in der Tat unweidlich, daß man den Müßlars noch immer freie Hand läßt und nicht durch weitestgehendes Entgegenkommen an die berechtigten Forderungen der Bevölkerung die Krise in Rheinland-Westfalen zu lösen sucht!

Auftritt des Generals Maerker.

Aus Dresden wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gemeldet, daß General Maerker sein Abschiedsgedächtnis eingereicht hat. Zu diesem Schritt sei der General besonders dadurch veranlaßt worden, daß hauptsächlich in der sozialdemokratischen Presse die heftigsten Angriffe gegen ihn gerichtet wurden.

Diese Angriffe wurden mit vollem Recht erhoben, denn ebenso wie viele andere hohe Offiziere der Reichswehr hat auch General Maerker in den Putschtagen eine sehr zweifelhafte Rolle gespielt, und hätte sich früher bei größeren Aussichten auf Erfolg sofort offen für Kapitulanten entschieden.

Die neue Gefahr.

Die „Pol“ richtet in ihrer Sonnabendmorgenausgabe heftige Angriffe gegen die Demokraten, weil sie sich gemeinsam mit den Arbeitern an der Abwehr des nationalistischen Putschversuches beteiligt hätten. Jetzt ernten sie den Dank dafür; die Gewerkschaften wollen von ihnen nichts wissen und die Unabhängigen sinnen nur darauf, wie sie selbst zur Herrschaft gelangen könnten. Das Blatt sagt:

Die Abgabe an die Rechte des Bürgertums bedeutet, so wie die Dinge heute liegen, die Abgabe an die Demokraten. Sie bedeutet: laßt alle Hoffnung fahren! Wir schieben jetzt den Karren. Und die Unabhängigen haben zur Stunde allen Anseh, hoffnungslos zu sein, denn die Reichswehr selbst in der Demokratie selbst ruht sich auf. Der ganze Völk, mit Hand und Hebel. Die Diktatoren, die seit Monaten Tag für Tag zwischen „Vorwärts“ und „Freiheit“ hin- und herfliegen, rufen in den Höchern, nichts mehr von Doh und Reichswegern. Man richtet sich aufeinander ein. Dies ist die neue Gefahr, die das Bürgertum bedroht; die Versöhnung der beiden sozialistischen Parteien, noch ist sie nicht da, aber sie bereitet sich vor.

Das alte Scharfmacherblatt hat, wie es scheint, länger als sieben Jahrzehnte geschlafen. Schon im Jahre 1848 ist nämlich ein gewisses kommunistisches Manifest erschienen, das mit dem Aufschrei: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ und seitdem ist es das Ziel der Arbeiterklasse, diese Entzweiung herzustellen. Nicht allerdings, um die kapitalistische Produktionsweise und damit den bürgerlichen Klassenstaat zu heilen, sondern um durch den revolutionären Klassenkampf eine neue Gesellschaft zu errichten, die die Wohlfahrt aller und nicht nur einer kleinen Klasse von Besitzenden zum Ziele hat. Die „neue Gefahr“ der „Pol“ ist also schon recht alt; sie bedroht aber nicht das Bürgertum, sondern lediglich jene Kreise der Bourgeoisie, die mit Jähnen und Klauen ihre an der kapitalistischen Wirtschaft beruhenden Vorrechte gegenüber den berechtigten Ansprüchen der gesamten wehrfähigen Bevölkerung zu verteidigen sucht.

Die „Publikumswelt“ nach einer Vorlage des „Blatts“ gearbeitet hat, hauptsächlich mit Text und Anzahl der Arbeiter in der Stimmung.

In der „Vollstunde“ hat Friedrich Röhler mit einer Aufführung von Strindbergs großer Follen „Koch Da-mastus“ seine alte tiefe Liebe zu diesem Werk offenbar und man muß es ihm danken. Als Vektor Bornowitsch zitiert „Koch Damastus“ auf die Bühne brachte, soll die Aufführung mehr dem literarischen Wert als dem Volke. Röhler hat den dreizehn Bildern eine größere Macht und Eindringlichkeit gegeben als Regisseur ebenso wie als Schauspieler. Was er gab, war seiner Liebe zu dem Stück würdig. Und diese Liebe ist groß. Mehr kann man nicht sagen.

Über das „Neue Volksbühnen“ in der Köpenicker Straße, das mit Hejermanns noch immer sehr wirkungsvollen Safferkind „Die Dichtung auf Segen“ eröffnet wurde, soll bei späterer Gelegenheit noch gesprochen werden. Hole Lichterlein zeigte sich in der Rolle der So als die stärkste Darstellerin und man kann von ihr, wenn überlassen Unverleumdete und das in Aussicht genommenen Stellen noch viel erwarten.

Im Großen Schauspielhaus ist am morgigen Sonntagabend die Aufführung von Gerhart Hauptmanns „Weichen Ostland.“

Die 7. Follinee im Schauspielhaus „Heine und das junge Deutschland“, die wegen der Umkleen verschoben werden mußte, findet nunmehr Sonntag, den 28. d. Okt. 1/2, 12 Uhr vormittags, statt.

In der Staatsoper wird am Montag, den 20. „Der Waffenfriede“ als Vorverkaufung als Ertrag für die am 13. d. R. um 10 Uhr abendliche Vorstellung. Die bereits angegebenen Karten behalten Gültigkeit infolge der 10 täglichen Vertiefung der Staatsoper läßt die Aufführung von Richard Strauß „Frau ohne Schatten“ erst Mitte April ermöglichen.

Franz Schreier der bekannte Komponist, der bisher an der Wiener „Kunstoper“ als Kompositionsdirektor tätig war, wurde vom preussischen Minister für Kunst, Kunst und Kulturbildung zum Direktor der Nationalen Opern- und Musikschule für Berlin ernannt. Schreier wird sein Amt am 1. August antreten und bis dahin von Dr. Georg Scharfmann vertreten. Wir freuen uns, dem Minister Herzlich zu dieser Berufung eines der größten musikalischen Köpfer aus vollem Herzen zustimmen zu können. Berlin hat mit Schreier außerordentlichen, bewußt nicht akademischen Gewinn für seine künftige musikalische Entwicklung zu verzeichnen und wird nun hoffentlich bald auch die Musikbramen Schreiers im Opernhaus zu hören bekommen, die anderwärts größten Erfolg hatten, aber den Berlinern bisher leider vorenthalten blieben.

Eine Drehtheater veranstaltet der Verband der freien Volkshäuser am Donnerstag vormittag im Theater am Palastplatz. Mitwirkende sind Direktor Friedrich Röhler, Julius Bach, Rauno Langert, Hans Plau und Direktor Georg Engelke.

Vorfrühling.

Man muß einen Stab am Fluss entlang gehen. Und fliegen auf und fallen hinunter ins Wasser. Weiden wiegen gelbgrüne Ähren. Der Wind kommt wie mit Lustigkeit die Weiden einhäng. Vor der Brücke steht ein weißer Stein. Mitten auf dem Rasen. Da lächle ich lange.

Im anderen Aler pflügt ein Mann mit zwei Pferden. Wenn er fährt — ruft quitschen die Äcker.

In der Ferne hört man das Gausen der Maschinen in der Fabrik.

... Eine Gerade ... wahrhaftig? Schon!

Und ich sitze und suche und fühle —

Ein Zug rattert über die Brücke

Man wirbelt den Geruch ausgeworfener Schollen — Leben —

Königs Leben!

Blühlich in der Stille laute Worte. Aufste. Geheht und gesagt. Von der Landstraße herab — auf die Weise — rennen vier Menschen in vollem Lauf. Ein Hüner davor. Jeder trägt ein Gewehr unter dem Arm.

Golddaten.

Sie werfen sich auf die Erde, gleiten, das schwarze Röh des Wochenschusses ist mir zugewandt, durch.

Kommando: „Entscheidet!“

Knack — Knack —

„Nichtung Brücke — Kämpfer!“

Knack der Wocherschüsse.

Mein Wort — sie lernen lächeln — Menschen werden ab-

berichtet auf Menschen zu schießen.

Jemand singt eine Gerade. Eine zweite.

Vom Krappenschießplatz: „Las auf“ — Maschinen-

gewehr ...

Immer noch! Immer noch! Ich noch! Mein Herz fragt.

Sie legen da, platt auf dem Bauch, die Hand am Kopf, das rote Gesicht — schweißglänzend — vorwärts gerichtet — Mund und

Hand für alles andere.

Stumpf. Dill.

Nach immer. Nach immer. Nach immer nicht erschüt, daß jede abgefauchte Kugel auf uns selber zurückfallen, und selber treffen muß. Nach noch nicht genug Blut.

Es springen auf — zwischen an mir vorbei, das schwere Gewehr in der Linken, der Mantel flattert um bis im Weidenboden einfallenden Beine, das Gesicht ist vor Anstrengung verzerrt. Ihr Atem flucht, der Mund steht offen, die Augen gleichen Maschengläser — Menschen.

Sie können lächeln.

„Nichtung Brücke! Röh! Röh!“

Sie entscheiden. Ein Zug auf dunkle Punkte.

Die Absichten des Generals von Seeck.

Im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht der Militär-Oberbefehlshaber Generalmajor von Seeck in Form eines Artikels einige Erklärungen, die dazu dienen sollen, das Misstrauen, das gegen ihn in weiten Kreisen der Bevölkerung herrscht, zu zerstreuen. Er führt aus, daß er wohl an einen Witz zum Witz geglaubt habe, nicht aber an die Ausführung. Als der Witz in Frage wurde, habe er sofort seinen Abschied gegeben. Nach dem Zusammenbruch des Kaisers sei es darauf angekommen, daß jemand, der einen Namen bei den Truppen habe, die Führung übernehme. Man habe ihn angegriffen, weil nicht sofort alle Spuren der Militärherrschaft verschwinden. Man müsse zwar auf die Entfindungen der Arbeiterschaft Rücksicht nehmen, aber er müsse auch auf die Truppen Rücksicht nehmen. Absichtlich habe er die bolschewistische Gefahr nicht übertrieben. Er habe sich davon überzeugt, daß eine gründliche organisierte kommunistische Bewegung nicht bestehe. Schritt für Schritt habe er seine ganzen Maßregeln abgebaut und heute sei beinahe wieder der Zustand hergestellt, wie er vor dem 12. März war. Herr von Seeck führt weiter aus:

Sehr ernst ist die Situation nur noch im Ruhrgebiet. Die vielfachen Verhandlungen sind zwecklos gewesen. Mit dem wirklich wichtigen und wesentlichen Element, den Kommunisten, ist gar nicht verhandelt worden. Die Verhandlungen werden von ihnen abgelehnt nicht gelassen. Im Ruhrgebiet gibt es zweifellos eine große Zahl von langer Hand vorbereitete kommunistische Agenten. Den letzten Hinweis hat der Kapp-Putsch gegeben. Es steht dort eine rote Armee wie in Rußland, die am ausgerüstet und gefüßert ist. Sie werden Schützengarnisonen aus, sie verwerten alles, was sie im Kriege gelernt haben. Da müssen auch militärische Maßnahmen waltet.

General von Seeck schildert dann die Stimmung des Offizierskorps; die tiefgreifende Veränderung in den Verhältnissen des Offiziersstandes, die schlechte Behandlung der Offiziere bei Beginn der Revolution, die vollständige Mißbilligung der älteren Offiziere, die Verheerung durch die rechtsstehende Presse hätte dahin geführt, daß eine solche Bewegung ausbrechen konnte. In Zukunft müsse das Heer so ausgestattet werden, daß es einen integrierenden Teil der Volksgemeinschaft darstelle. Es müsse sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzen. Arbeiter und Bürger müssen dabei sein. Das Offizierskorps müsse verjüngt werden, Offiziere und Truppen müsse man politisch aufräumen und ihnen klar machen, daß für Deutschland nur eine ruhige demokratische Entwicklung möglich sei.

Diese Auffassungen klingen für einen General immerhin fortgeschritten. Jedoch die eine Stelle seiner Erklärungen, die wir im Wortlaut wiedergeben, zeigt doch deutlicher als alles andere, wie in Wirklichkeit seine Gesinnung ist. Gegen die Arbeiter im Ruhrgebiet sollen „militärische Maßnahmen“ waltet. Das bedeutet, daß der Herr General die Bewegung in Rheinland-Westfalen mit Waffengewalt niederwerfen möchte, statt den Weg der Verständigung zu gehen, auf dem allein eine befriedigende Lösung der furchtbaren ersten Situation in diesem Gebiet erreicht werden kann.

Wir müssen aber bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß der General von Seeck Ende Februar in Hamburg vor nationalistischen Studenten einen Vortrag gehalten hat, in dem er die Versicherung abgab, daß er dafür sorgen werde, daß die Reichswehr im Geiste des alten Heeres „für den Tag der Abrechnung“ erhalten werde. Glaubt man, daß der General sich binnen wenigen Wochen eine neue Ueberzeugung beigelegt habe und weniger die Reichswehr zum Instrument eines demokratischen Staatswesens machen will? Viel näher liegt die Annahme, daß General von Seeck nur besser als andere Generale sich den Verhältnissen anzupassen versteht, ohne daß sich seine wahre Gesinnung dabei ändert.

Roske rechtfertigt sich.

Im „Vorwärts“ beginnt der Reichswehrminister selbigen Abendens, Herr Gustav Roske, eine Artillerie, die der klanenden Welt darum soll, daß in Wirklichkeit Herr Roske alles gutgemacht hat und alles so eingetroffen ist, wie er es vorausgesagt hat. Daß Herr Roske das Bedürfnis hat, sich reinzuwaschen, ist verständlich, da auf ihm, und zwar mit vollem Recht, die ganze Flut der Vermuldungen der Arbeiterschaft herniederregnet. Wer aber glaubt, daß Roske durch diesen elementaren Ausbruch des Volkswillens seine Oberflächlichkeit in der Behandlung der Dinge aufgegeben habe, der befindet sich im Irrtum.

Roske beklagt sich darüber, daß man ihm zugemutet habe, eine zuverlässige republikanische Truppe zu schaffen. Das sei bei dem ihm zur Verfügung gestandenen Material ganz unmöglich gewesen. Das glauben wir ihm gerne. Aber hätte er als Sozialdemokrat nicht die Pflicht, sich auf die organisierte Arbeiterschaft zu stützen, statt die verblüfften Reize des deutschen Heeres um sich zu sammeln und damit gegen die Arbeiter zu kämpfen? Das ist eben Roskes großes Verbrechen, daß er vom Beginn seiner Tätigkeit ab sich ganz von rein militärischen Erwägungen leiten ließ, wie nur irgendein Vertreter des alten Systems. Keine Spur einer klaren Einsicht in die Verhältnisse, die durch die Revolution in der Schichtung und in den Auffassungen des deutschen Proletariats eingetreten sind. Keine noch so ausbelegte Rechtfertigung wird Roske von der Schuld befreien können, daß er mit brutalen Machtmitteln gegen die kämpfende Arbeiterklasse vorgegangen ist, daß er die Organisationsrevolution großgepöbelt hat. Diese Tätigkeit hat ihm den Haß und die Verachtung der deutschen Arbeiterklasse eingetragen.

Wiederungsversuche.

Die wirtschaftlichen Organisationen der Reaktion erwidern auf der Währungsfrage. Nachdem der Versuch zum gewalttätigen Sturz der Republik mißlungen ist, versuchen sie es bei gewalttätigen Machhabern, denen sie vertrauen, auch jetzt noch allerlei zutrauen, mit der Anleihe. So hat nach der reaktionären Presse eine Anleihe von Wirtschafts- und Berufsverbänden eine gemeinsame Kundgebung durch eine Koordination dem Reichspräsidenten überreichen lassen. Zu den Verbänden zählen: der Bund der Handwerker, der Bund der Landwirte, der deutsche Landbund, der Sanitätsbund, der deutsche Offiziersbund, der Reichsbürgerrat, die Vereinigung der Arbeitgeberverbände u. a. Die Kundgebung hebt hervor, daß die unterzeichneten Verbände ohne Rücksicht auf politische Ausrichtung die Verfassung gewalttätig zu brechen,

schonstlos bekämpfen würden. Sie beschwert sich darüber, daß die Regierung zurzeit mit Vertretern der radikalen Richtungen verhandelt. Die unterzeichneten Verbände seien bereit, die Regierung den Forderungen der Radikalen gegenüber zu schützen, und gewillt, ihre Ansprüche mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen. Es gehe, so heißt es in der Kundgebung, nicht an, wertvolle Glieder des Volkes von der Beteiligung an den maßgebenden Entscheidungen auszuschließen und ihnen lediglich die daraus entstehenden Verpflichtungen zu überlassen. Als Eingelforderungen werden dann die folgenden erhoben:

1. Ablehnung jeder Maßnahme, die offen oder verhehlt auf eine ungesetzliche Kaperung oder eine Umgehung der verfassungsmäßigen Bestimmungen hinführt.

2. Gleichstellung der Organisationen der übrigen schaffenden Stände mit den Gewerkschaften der Arbeiter, Beamten und Angestellten.

3. Sofern mit Wirtschaftsk- und Berufsgruppen verhandelt wird, verlangen wir, hinzugezogen zu werden.

4. Erhaltung einer nach allen Seiten hin starken und von allen Berufsgruppen gebildeten Regierung, die sich zur Durchführung ihrer Aufgaben auf die hierzu erforderliche Kraft stützt.

5. Die Forderungen fügt die Gesellschaft hinzu: Sollte die Regierung diesen Forderungen ablehnend gegenüberstehen, so würden die unterzeichneten Verbände hierin eine Entretung weiterer Volksteile erblicken müssen, deren Mitarbeit am Gesamtwohl unentbehrlich sei.

Eine lächerliche Annahme, wenn diese Kreise davon reden wollen, daß Glieder des Volkes von den wichtigsten Entscheidungen ausgeschlossen und weite Volksteile entrecht werden würden — diese Gesellschaft, die soeben noch bereit stand, um nach einem Scheitern des Unternehmens der Rütteliger alle politischen Rechte des Volkes rückwärts zu besetzen. Vom Deutschen Landbund & Co. steht es fest, daß er alle Vorbereitungen getroffen hatte, um der Abwehr des arbeitenden Volkes gegen die Reaktion jederzeit mit der Einstellung der Lebensmittellieferungen an die Großstädte begegnen zu können.

Friedensvertrag, Wiedergutmachung und der Kapp-Putsch.

Caspi und Millerand über den Frieden mit Deutschland und Rußland.

Paris, 26. März.

Bei der Besprechung der Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung forderte der Sozialist Caspi die Anerkennung der Sowjetrepublik und die Wiederherstellung des Friedens zwischen Rußland und Polen. Er sprach die Befürchtung aus, daß Konstantinopel und die Meerengen eine Feste Englands würden und kritisierte die französische Politik gegenüber der Türkei. Er verurteilte die Entsendung von Truppen nach Syrien, worüber das Parlament gar nicht befragt worden sei. Bezüglich des Versailles Friedensvertrages sagte der Redner, seine Partei werde die Regierung darin unterstützen, aus Deutschland an Wiedergutmachungen herauszubolen, was im Rahmen des Möglichen liege. Aber darüber hinaus zu gehen sei unfruchtbar. Vor allem müsse man Deutschland in den Stand setzen zu zahlen.

Ministerpräsident Millerand erwiderte dem Redner, daß die Alliierten Abereingekommen seien, die Sowjetregierung nicht anzuerkennen. Wenn französische Kaufleute und Industrielle gleich den amerikanischen und englischen Kaufleuten und Industriellen sich über die Lage Rußlands und die Zukunftsmöglichkeiten unterrichten wollten, so würden sie die Unterstützung der Regierung finden. Die Alliierten wollten eine lebensfähige Türkei schaffen. Ein solches Ziel sei durchaus vereinbar mit der Freiheit der Meerengen und der Wahrung der wirtschaftlichen und finanziellen Interessen Frankreichs in der Türkei. Zu dem Versailles Friedensvertrag sagte der Ministerpräsident, Deutschland hätte versucht, sich der Erfüllung seiner Verpflichtungen zu entziehen, vor allem bezüglich der Auslieferung der Schuldigen. In ihrer Note vom 14. Februar hätten die Alliierten dieses bestritten. Sie seien weit davon entfernt, auf irgend eines ihrer Rechte zu verzichten, die ihnen nach Artikel 228 und 230 des Friedensvertrages zustehen. In der Frage der Kohlenlieferung müsse er betonen, daß diese Lieferungen nicht erfolgt seien, und daß die Wiedergutmachungskommission mit dieser Frage betraut worden sei. Weiter habe Deutschland sich den Verpflichtungen bezüglich seiner Entlassung entzogen, und es habe erreicht, daß die für den April vorgesehenen Herabsetzung der Stärke auf 100000 Mann auf den 10. Juli dieses Jahres verschoben worden sei. Die Kontrollkommission habe festgestellt, daß Deutschland nichts unternommen habe, um seine bewaffnete Macht zu verringern. Es habe sich vielmehr dieser durch den Vertrag begründeten Verringerung widersetzt. Es habe sogenannte Polizeitruppen geschaffen, die aber nichts weiter seien, als Reservisten, und die durchaus dem Geiste des Vertrages widersprächen. Es handle sich auch in dieser Frage um eine offensichtliche Verletzung der Vertragsbestimmungen. Hinsichtlich der Kohlenlieferungen sei Deutschland auch vor Ausbruch der Unruhen im Ruhrgebiet seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Anfolge des Angriffs auf die Kontrollkommission und des Militärputsches vom 18. März habe diese Kommission vorerst ihre Tätigkeit einstellen müssen. Wegen der Angriffe auf die alliierten Offiziere in Berlin und Bremen habe Marschall Bosh den Alliierten einen Vorschlag unterbreitet, der Wiedergutmachungen und neue Garantien gegen eine Wiederholung solcher Ereignisse verlangt. Bezüglich der Entsendung von deutschen Truppen in die neutrale Zone des Ruhrgebietes fragte Millerand, wer denn den Alliierten die Sicherheit biete, daß die deutschen Truppen nach Wiederherstellung der Ordnung die neutrale Zone wieder verlassen würden. Zum Schluß betonte der Ministerpräsident die unbedingte Notwendigkeit der Durchführung der Vertragsbestimmungen. Die Lage sei schwierig, und diese Schwierigkeiten forderten unbedingt eine einheitliche Front der Alliierten gegenüber den deutschen Versuchen, sich den vertraglichen Bestimmungen zu entziehen. Er werde Bedacht nehmen auf die Erfüllung dieser Bestimmungen und er sei sicher, daß auch die Alliierten diese Sorgen der französischen Regierung teilten.

Die Erklärungen Lloyd Georges im Unterhause stehen die Annahme als berechtigt erscheinen, daß feste Einschlüsse bevorstünden.

Die Kammer, die der Rede des Ministers Beifall spendete, vertagte darauf die weitere Aussprache.

Die englische Bergarbeiterbewegung.

H. N. London, 27. März.

Freitag mittag fand eine Konferenz zwischen Lloyd George und Vertretern der Grubenarbeiter statt. Wahrscheinlich wird die Regierung am Montag ein neues Angebot machen. Die Konferenz, die Sonntag abend stattfinden sollte, ist im Zusammenhang damit bis Dienstag verschoben worden. Die Abgeordneten der Grubenarbeiter haben mit einer großen Mehrheit beschlossen, ihr Exekutiv-Komitee zu bevollmächtigen, die Unterhandlungen mit der neuen Regierung weiterzuführen.

Der „Daily Herald“ hatte gemeldet, daß, wenn es zu einem Bergarbeiterstreik kommen sollte, die Regierung alle Zentren der Bergwerksindustrie absperrten und zu blockieren beschließen, um die ausfallenden Bergarbeiter durch den Hunger zum Nachgeben zu zwingen. Die Regierung vertritt die Ansicht, daß es dem Bergarbeiter nicht zuzumuten sei, wenn es zu einem Bergarbeiterstreik kommen sollte, die Regierung alle Zentren der Bergwerksindustrie absperrten und zu blockieren beschließen, um die ausfallenden Bergarbeiter durch den Hunger zum Nachgeben zu zwingen. Die Regierung vertritt die Ansicht, daß es dem Bergarbeiter nicht zuzumuten sei, wenn es zu einem Bergarbeiterstreik kommen sollte, die Regierung alle Zentren der Bergwerksindustrie absperrten und zu blockieren beschließen, um die ausfallenden Bergarbeiter durch den Hunger zum Nachgeben zu zwingen.

Andere Blätter weisen darauf hin, daß ein Bergarbeiterstreik in diesem Widerspruch mit den Entschlüssen des Trade Union Congress stehen würde, denn tatsächlich sei die Lohn-erhöhung nur ein Vorwand, und es würde sich um einen politischen Streik handeln, der die Verstaatlichung der Bergwerke zum Ziele hat.

„Daily Herald“ bespricht diesen Fall in einem Leitartikel und sagt, daß man gegen die Streikenden Methoden anwenden sollte, die sonst nur zur Erzwingung des Gehorsams bei untergeordneten Massen üblich seien. Man wolle eine Revolution, und dem könne nicht werden, denn die Solidarität der Arbeiter würde einen allgemeinen Streik im ganzen Lande herbeiführen, und es sei auf alle Fälle verhängnisvoll für die Regierung an der Durchführung ihrer Politik zu verhindern.

Eine neue schwere Niederlage Denikins.

Neber Kopenhagen wird aus Helsingfors berichtet: Der bolschewistische Generalkommandant vom 22. März, welcher weitere Fortschritte in Schweden, wo die rote Armee eine große Anzahl von Kriegsgerät erbeutet hat. In den letzten Tagen sind 2500 Offiziere und 9633 Soldaten gefangen genommen worden, über 1000 Soldaten der weißen Armee sollen ertrunken aufgefunden worden sein. Denikin ist aus dem Gebiet, das er einst beherrschte, auf einen schmalen Streifen längs eines Teiles der Nordküste des Schwedens zurückgedrängt. Außerdem beherrscht er noch die Ostküste Finnlands. Die bolschewistischen Armeen häufen Sieg auf Sieg. Die lange noch und Denikin ist von demselben Sozialisten erreicht, daß die Reaktionäre Rottschaf und Judenisch bereits verdrängt hat.

Groß-Berlin.

Die Leiter der Versammlungen am Sonntag vormittag werden gebeten, der Redaktion der „Freiheit“ noch im Laufe des Tages (evtl. telefonisch ab 7 Uhr abends) einen kurzen Bericht über Besuch und Verlauf der Versammlung zu geben.

Hauptmann v. Pflug-Hartung durch eine Explosion getötet. Das „Berliner Tageblatt“ bringt folgende Mitteilung vom Freitag: Heute abend 8 Uhr ereignete sich vor dem Restaurant „Anschützsturm“ in Stralagarten ein schweres Explosionsunfall. Dort explodierten auf nicht aufgeklärte Weise in einem Militärkraftwagen der Sturmkompanie Pflug-Hartung bei der Abfahrt einige Handgranaten, die in den Seitentaschen des Wagens untergebracht waren. Von den Insassen, die auf dem Wege nach Berlin waren, wurde der Führer der Kompanie, Hauptmann v. Pflug-Hartung, getötet, einem Offiziersstellvertreter wurden beide Beine zerschmettert; der Kurierleutnant, Professor Eginhard und seine Frau wurden durch Sprengstücke leicht verletzt, ebenso der Beifahrer. Der Wagenführer wurde nicht verletzt, das Auto wurde zertrümmert.

Die Verhaftungen in der Mantuffstraße. Die am Montag wegen in der Mantuffstraße verhafteten acht Personen sind bekanntlich im Laufe des Donnerstags vom Lager Döberitz nach der Oberfeuerwerkfabrik in der Invalidenstraße übergeführt worden. Von hier wurden sie nach dem Berliner Polizeipräsidium verbracht, wo sich verschiedene Freunde und Angehörige der Verhafteten eingefunden hatten. Die Befragten beklagten sich, nach der Schilderung ihrer Verwandten, über die schlechte Behandlung, die ihnen durch die Truppen bei ihrer Ankunft in Döberitz zuteil wurde. Fast alle acht Personen tragen die Spuren von Stockhieben und Fußtritten. Nach ihrer Unterbringung im Fremdenhof hörten sie, wie die Soldaten ihnen zuriefen: „Hier kommt ihr nicht mehr lebend raus. Heute nacht geht der Soldat mit Handgranaten hoch.“ Als dann ein Offizier den Verhafteten erklärte und sich nach den näheren Umständen der Verhaftung erkundigte, wurde den Mannschaften die Mißhandlung der Gefangenen strengstens untersagt und die Behandlung war eine bedeutend erträglichere. Am Laufe des heutigen Tages werden die Verhafteten der Staatsanwaltschaft zur Vernehmung vorgeführt. Es wird dann darüber entschieden, ob die Verhaftungen nach weitem aufrecht zu erhalten sind. Unserer Meinung nach muß die Freilassung sofort erfolgen.

Die Städtische Wanderausstellung ist jetzt auf ihrer vierten Station angelangt: Vom Dienstag, 20. März, an wird sie in der Aula der Gemeindehalle, Ber. mannstr. 28/29 (gegenüber der Markthalle) zu sehen sein (bis zum 16. Mai). Vorträge und Führungen Sonntags 11 Uhr, Dienstags und Freitags 8 Uhr nachm. Eintritt frei. Der außerordentlich starke Besuch der Ausstellung an ihren drei bisherigen Aufenthaltsorten hat bewiesen, wie großes Interesse die weite Kreise der wachsenden Bevölkerung dieser künftigen Hauptstadt der Stadt Berlin entgegenbringen.

Von der Steuerklasse XIII. Aufschlag v. 4. wird eine Kollekte abgebeten und am 1. April 1920 nach der S. Uhrzeit 14-15 Uhr. Diese ist für die Stadtkasse 907, 910B, 910E, 911A, 911B, 911C, 911D, 912A, 912B, 914C und 914D zuständig. Am Montagabend bleiben beide Klassen geschlossen.

Das Stahl- und Eisenmoorbahn Döberitz, eines der ältesten Bäder Deutschlands, ist in den Besitz der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft der Stadt Berlin übergegangen, die dort Anfang Mai eine Gaststätte errichtet. Die Halle hat ferner eine Schwimmhalle erworben, die ebenfalls im Mai d. J. als Erholungsheim für männliche Mitglieder eröffnet wird.

Luftbarkeitskennzeichen in Schöneberg. Von den flüchtigen Kennzeichen ist für Berlin-Schöneberg eine neue Luftbarkeitskennzeichnung angenommen worden. Die neue Kennzeichnung entspricht in allen wichtigen Punkten der im vorigen Monat in Berlin ab-

Einführung gelangt die Aufbauseitenerordnung. Da angenommen ist, daß die nachgeforderte Genehmigung der Aufbauseitenerordnung...

Die letzten Zugumleitungen, die anfänglich der Kurven im Reichs-erforderlich gewesen sind, sind nunmehr ebenfalls wieder...

Verkehrsverbesserung in Neubitz. Der Verbandsdirektor des Verbandes Grog-Berlin hat auf Antrag des Magistrats...

Gasexplosion in Noabit. Durch Ansammlungen von selbstentzündlichem Knallgas in den Zuleitungsrohren des Gases...

eigneten sich in Noabit einige Explosionen, so an der Kreuzung der Stromstraße und Al-Noabit, in der Stromstraße, Endener...

In dem Explosionsfall in Lentzow wird von der Firma Forbach und Schmidt mitgeteilt, daß die Munitionsfabrik...

Lebensmittellieferanten.

Berlin. In der Woche vom 29. März bis 4. April gelangt auf die Reichsfleischliste inländisches Fleisch...

Was den Organisationen.

7. Bezirk. Montag, den 29. 3. abends 7 Uhr, Kundensitzung, Andreaskir. 21. Mitgliederversammlung. 1. Vortrag...

Bericht über die Redaktion: Alfred Wietzke, Reichs-Verlagsgesellschaft 'Freiheit', a. S. m. b. H., Berlin.

Soeben erschienen! Programm und Taktik der U. S. P. D. von Arthur Crispian. Preis 3.- Mark.

Soeben erschien das 1.-5. Tausend Carl Ludwig Schleich Gedankenmacht und Hysterie. Gebunden M 4.50 - Gebunden M 7.50

Haut-, Harn-, Geschlechts- Unterleibsleiden bei Männern und Frauen werden schnell und gründlich mit seit über 20 Jahren...

Charlottenburg Botenfrauen stellt sofort ein Expedition Lorenz, Wallstr. 68.

Spediteur gesucht für die Zeltungs-Expedition der 'Freiheit' in der Hussenstraße. Bewerber müssen gewerkschaftlich und politisch organisiert sein...

Kupfer, Messing, Zinn, Sämtl. Metalle, Quecksilber, Platin, Gold-, Silber-, Abfälle, Zahngebisse. In unseren 6 Einkaufsstellen Metall-Zentrale...

Für Händler! Schuhkrem in großen Posten eingetroffen, p. Stück 40 Pf., bei Tausend 35 Pf. in Paapdosen.

Schreibmaschine Remington, mit breitem Schlitzen und großem Tabulator. Angebote mit Fabriknummer...

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht. kauft höchstzahlend Ingenieurbüro Schlichting...

Höchste Preise Zahngelbte! Goldbrück, Silberbrück, Platin, Salpetersaures Silber...

Achtung! Zahle heute noch die höchsten Preise für Schafwolle, Roßhaare, alte Krollhaare...

Spiralbohrer, Werkzeuge, kauft höchstzahlend Ostermal & Co. Chausseestraße 76.

Komplette Jahrgänge des Sozialist von 1919 sind noch zu verkaufen. Preis des Jahrganges 1 Mark...

KLEINE ANZEIGEN

Verkaufte Fried's Ausstattungsbaus, Prinsenzstraße vierundachtzig, zwei Treppen, am Moritzplatz, kein Laden...

Rehfeld, Badstr. 34 große Auswahl in kompletten Schlafzimmern, neu und gebraucht, von 1900...

Kaufgesuche Silberschmelze Heuduck, Köpenicker Str. 157 (an der Mantelstraße) kauft höchstzahlend...

Leim, Schellack, Firnis, Lacke, Holzweiß, Terpentin. kauft jeden Posten zu den höchsten Preisen...

Werkzeuge und Maschinen Spiralbohrer, Schmirgellein, Gewindebohrer, Naturstahl...

Ueber Höchstpreise zahl ich für Spiralbohrer aus Schnell- und Werkzeugstahl, Gewindebohrer...

Spiralbohrer, Werkzeuge aller Art, kauft Schmidt, Nauenstr. 31, Mpl. 9201.

Unterricht Richtig deutsch sprechen, schreiben, wachsen (auch abends) erfolgreich 18-tägiger Lehrer, Anfragenkarte 137 Brühlstraße...